

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886
1886**

13.3.1886 (No. 31)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1000476](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1000476)

Landeszeitung.

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint wöchentlich dreimal, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1,50 Mk. — Inseratenpreis für die 4gespalt. Zeile 15 S.

Redaktion: Gaststraße 1. — Expedition: Gaststraße 1.

Nr. 31.

Sonnabend, den 13. März.

1886.

Tages-Übersicht.

Das Befinden des Kaisers hat sich in den letzten Tagen merklich gebessert. Die Spuren des Unfalles, welcher Sr. Majestät auf dem vorletzten Hofball zugefallen ist, sind vollständig beseitigt. Nur ein leichter Rheumatismus und etwas Heiserkeit, die aber auch im Abnehmen begriffen sind, legen dem hohen Herrn noch Schonung auf.

Der Reichstag hatte sich am Mittwoch in erster Reihe mit dem schleunigen Antrage Windthorst's zu beschäftigen, welcher eine Erklärung dahin verlangte, daß Abgeordnete kraft ihrer Unverletzlichkeit und der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Immunität für alle im Parlament gethanen Aeußerungen dem Zeugniszwangsverfahren wegen solcher Aeußerungen nicht unterworfen werden dürfen. Der Antrag wurde an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Nur die Konservativen waren gewillt, den Antrag ohne weiteres zu verwerfen und die Auffassung der Regierung gutzuheißen, nach welcher der Zeugniszwang auch den Mitgliedern des Reichstags gegenüber besteht. — Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Antrag des Abg. Graf Moltke, betr. die Erhöhung der Offizierpensionen. Graf Moltke bekämpfte den Zusammenhang der Pensionsfrage mit der Kommunalsteuerfrage nochmals ausführlich in dem Augenblicke, wo die Regierung selbst sich anschickte, wenn auch auf einem Umwege, Aenderungen in der Kommunalbesteuerung der Offiziere herbeizuführen, um dem Pensionsgesetze im Reichstage Vorspann zu leisten. Abg. Baumbach legte den Standpunkt der freisinnigen Partei dar, hob die finanziellen Bedenken gegen die Erhöhung der Militärpensionen hervor, betonte, daß eine bloße Heranziehung des Privateinkommens der Offiziere zur Kommunalbesteuerung dem Grundsatze der Gleichstellung mit den Beamten nicht entspreche und wies auf die Bedenken einer landesgesetzlichen Regelung der Frage hin. Aus den Ausführungen der Redner der übrigen Parteien ging indes hervor, daß die Annahme der Pensionsgesetze zu erwarten ist, wenn das für Preußen vorbereitete Gesetz über

die Kommunalbesteuerung der Offiziere nur einigermaßen den sehr herabgestimmten Anforderungen der Centrumpartei genügt. Windthorst insbesondere erwies sich in seinen Erklärungen sehr faust und nachgiebig und erntete dafür einen warmen Händedruck des Grafen Moltke. — Die Debatte schloß mit einer Verweisung des Antrages an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Dem Reichstage ist der Gesetzentwurf betr. die Korrektur der Unterweser zugegangen. Darnach soll Bremen die Korrektur ausführen, deren Kosten auf 30 Millionen veranschlagt sind. Die Korrektur beruht im wesentlichen darauf, daß unter Zuhilfenahme der Flut- und Ebbebewegung des Meeres durch Anwendung künstlicher Mittel (Verkürzung und Gerabelegung des Flußbettes, Beseitigung von Krümmungen und Spaltungen, Abtragung von Inseln und dergl.) eine künstliche Fahrbahn von einer solchen Tiefe geschaffen wird, daß Seeschiffe bis zu 5 Meter Tiefgang, also die Schiffe der sogen. europäischen Fahrt, bis zur Stadt Bremen hinauffahren können, während gegenwärtig infolge des mangelhaften Fahrwassers die Seeschifffahrt, abgesehen von einem geringen Prozentsatze, in den etwa 70 Kilometer unterhalb Bremens gelegenen Häfen Bremerhaven und Geestemünde ihr Ende findet. Der Gesetzentwurf sucht die Genehmigung des Reichstages nach, auf der Unterweser eine Schiffsfahrtsabgabe von 1 Mk. pro Tonne der Ladung von Seeschiffen zu erheben, welche einen Raumgehalt von mindestens 300 Kubikmetern haben. Für minderwertige Güter, als Kohlen, Erze u. dgl. wird ein geringerer, noch näher festzustellender Satz erhoben. Nur die nach den brennlichen Häfen Vegesack und Bremen bestimmten Seeschiffe sollen abgabepflichtig sein, dagegen die in den preussischen und oldenburgischen Hafenplätzen der fortgeschrittenen Stromstrecke ladenden und löschenden Fahrzeuge die Vorteile der verbesserten Wasserstraße ohne jede Auflage genießen. Man rechnet in Bremen auf eine Steigerung des Flußverkehrs um jährlich 100 000 Tonnen bis zu 650 000 Tonnen während der sechs Baujahre, und auf eine weitere jährliche Steigerung um 50 000 Tonnen nach vollendetem Bau. Auf diese Weise

sollen die Korrektorkosten innerhalb 52 Jahren getilgt sein. Man glaubt, durch die Verbesserung der Fahrstraße Transporte, welche jetzt ganz unterbleiben, ins Leben zu rufen oder dieselben von belgischen und holländischen Häfen nach der Unterweser zu lenken. Beispielsweise wird hingewiesen auf den Bedarf Deutschlands an ausländischen Erzen, auf die Ausfuhr westfälischer Eisen- und Stahlfabrikate, von Rübenzucker, von Stahlfurter Salz, Kartoffeln, Spat und Thon und ähnlichen voluminösen Artikeln, welche gegenwärtig der hohen Kosten wegen für die Unterweser überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange in Betracht kommen. Ausgeschlossen von der Benutzung der Unterweser werden der Natur der Verhältnisse nach bleiben die große Dampfschifffahrt und die auf größere Schiffsräume angewiesene Einfuhr, wie namentlich Reis und Petroleum.

Gestern hat der Reichstag den Gesetzentwurf über die Heranziehung der Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben an die Kommission verwiesen, welcher bereits die Prüfung der Moltke'schen Offizierspensions-Novelle übertragen ist, und debattelos den Nachtragsatz — die Kosten für einen G. Civilenat bei dem Reichsgericht zu Leipzig — in zweiter Lesung, sowie definitiv in dritter Lesung den Gesetzentwurf wegen Ausprägung einer Nickelmünze zu 20 Pfennig angenommen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung einer Schiffsfahrtsabgabe auf der Unterweser, wurde allseitig mit Wohlwollen begrüßt. Abg. Barth lobte namentlich den Umstand, daß hier die Interessenten selbst zu den Kosten herangezogen würden, während es sonst Brauch sei, den allgemeinen Säckel in Anspruch zu nehmen. Nur ein Bedenken stehe entgegen: die Verfassungsvorschrift, welche die Erhebung von Abgaben auf natürlichen Wasserstraßen verbietet. Staatssekretär v. Bötticher erklärte, daß man im Bundesrat an diese Verfassungsbestimmung nicht gedacht habe, daß aber die Majorität im Bundesrat groß genug gewesen sei, um selbst für eine Verfassungsänderung auszureichen. Der Abg. Meyer-Jena fand sich mit der Verfassung ab mit der Bemerkung, daß die Unterweser durch die Korrektur den

Charakter einer natürlichen Wasserstraße verloren und den einer Kunststraße gewonnen habe. Die Vorlage ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern. — Letzter Gegenstand der Tagesordnung war die zweite Lesung des Antrages Benzmann betr. die Entschädigung für ungeschuldig erlittene Untersuchungs- u. Strafhast. Die Anträge der vorbereitenden Kommission, nach denen eine Entschädigung nur für die durch ungeschuldig erlittene Strafhast (also nicht durch Untersuchungs-hast) entstandenen Vermögensnachteile eintreten soll, wurden in den ersten drei Paragraphen angenommen. Aus der Debatte, welche längere Zeit in Anspruch nahm, ging hervor, daß die verbündeten Regierungen, die übrigen keinen Vertreter in die Beratung eingreifen ließen, noch wenig geneigt sind, selbst sehr bescheidenen Forderungen auf diesem Gebiete nachzukommen, daß sie höchstens bereit wären, die Entschädigung von dem Belieben des Reichskanzlers abhängig zu machen.

In die Monopolkommission sind gewählt worden: Aus der freisinnigen Partei die Abgeordneten Barth, Brömel, Hünze, Lerche, Richter, Nicker; aus der nationalliberalen Partei die Abgeordneten Buhl, Scipio, Dechelhäuser; aus dem Centrum Graf Galen, Graf Dalwigk-Lichtenfels, Frhr. v. Hertling, Kadé, Stöbel, Graf Strachwitz, Graf Waldburg-Zeil; aus der Sozialistenpartei die Abgeordneten Singer und Kräcker; aus der freikonservativen Partei die Abgeordneten Camp, Diege-Barby, v. Kardorff; aus der konservativen v. Wedell-Malchow, Uhden, Frege, Graf Kleist-Schmenzin; aus der polnischen Fraktion v. Mycielski; von den Deutsch-Hannoveranern Frhr. v. Schele. — Zum Vorsitzenden der Kommission wurde Frhr. v. Hertling (Centrum) gewählt. — Die Kommission hat bereits in ihrer gestrigen ersten Sitzung die grundlegenden §§ 1 und 2 der Vorlage mit 19 gegen 6, bezw. 20 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Ueber einen Unglücksfall an Bord der Kreuzerregatte „Elisabeth“ auf dem Wege von Kapstadt nach Montevideo am 12. Dezember v. J. schreibt ein Augenzeuge der „Schles-

Signor Domino.

Roman von C. von Bernfeldt.

(Fortsetzung.)

XVII. Das Geheimnis der Assemburgs.

„Als vor jetzt nahezu sechzig Jahren“ — begann Graf Erich seine Erzählung — „die beiden kleinen Gräfinen Ala und Wanda von Ossemburg aus ihrer Heimat, den russischen Ostseeprovinzen, nach Deutschland kamen, waren die Vermögensverhältnisse beider Zweige der Familie, des deutschen wie des russischen, sehr ungünstig, diejenigen der russischen Schwesterlinie der Ossemburgs dem Ruine nahe, jene der deutschen Hauptlinie der Assemburgs nicht viel günstiger. Es sollte Rat geschafft, ein Weg gesucht werden, den alten Glanz des Hauses wieder herzustellen. Es war dies der Zweck der Uebersiedlung der beiden jungen Schwestern nach Deutschland, die auf Antrieb der klugen Gräfin Ala erfolgt war.“

Gräfin Ala, das intrigante, willensstarke, die Pläne ihres Stolzes und Familienehrgeizes bis zum Götzendienst treibende Weib... ich brauche sie Ihnen nicht zu schildern. Sie kennen diesen Dämon in Frauengestalt: Gräfin Wanda, die jüngere Schwester, meine Mutter — eine arme schwache Mutter! — ein schwacher Charakter, wie Sie bald sehen werden, mein Herr — desto stärker ihre Schwester, Dämon Ala, in deren Händen sie vollständig war. Es fand sich ein reicher Goldfisch, ein Graf Wulfberg, ein Vetter im zehnten oder zwölften Grade. Sonderling, Witwer, ohne Erben, fünfundsiebzig Jahre alt, der ein Vermögen zu hinterlassen hatte. Er wurde

von von Gräfin Ala aufs Korn genommen. Nicht für sich: Ala war häßlich, von abstoßendem Wesen, wenig geeignet wie gewillt, die Leute für sich einzunehmen. Zudem war diese Art persönlichen Eigennutzes nicht ihr Fehler, ihr starrer Sinn auf Erreichung ihrer Ziele, sei es für sich, sei es für andere, gerichtet, der Göze dieser ihrer Ziele: Der Glanz des Hauses! Wanda war hübsch, lebenswürdig und lenkbar — sie sollte das Werkzeug in Ala's geschickten Händen sein. Am liebsten hätte die gewissenlose Lenkerin die junge Schwester zur Gattin des abgelebten Greises gemacht. Zum Glück aber war der alte Sonderling doch noch vernünftig genug, Gräfin Ala bald merken zu lassen, daß ihm, bei seinen steifen Beinen, das Knien vor dem Altar Hymens zu un bequem sei. Gräfin Ala begnügte sich deshalb mit einem unsichtbar arrangierten Erbschleichen, zu welchem sie ihre Schwester Wanda teils geschickt zu dirigieren, teils sie, ohne daß dieselbe es selbst immer merkte, zu verwenden mußte. Der Alte schwankte. Er hatte Wanda liebgewonnen, aber da war noch so ein Vetter zehnten oder zwölften Grades, Heinrich Assemburg, den man, da er aus der Hauptlinie war, zu Gunsten der Nebenlinie nicht gut übergehen konnte. Und da waren noch ein halbes Duzend Vetter aus anderen Linien, alle sehr vornehm, so daß es schwer zu unterscheiden war, auf welchem Wappen man seine neue Vergoldung am süßlichsten anbringe.

Auf einmal hatte der alte Recke und Sonderling einen Gedanken, der ihm sowohl wegen seiner Ritterbarkeit wie wegen seiner Sonderbar-

keit gefiel. Er wollte die Sache so auf eine Art von Orakel, auf ein Gottesurteil stellen. Sein Siebling Wanda und sein hauptsächlichster Pflichterbe sollten einander heiraten. War das erste Kind aus dieser Ehe ein Knabe, sollte den Eltern das ganze Erbe als Erbe zufallen, damit auf diese Weise eine neue männliche Linie gegründet werde; war das erste Kind ein Mädchen, so sollte das Vermögen zwischen all den sechs oder sieben Vettern unter Gleichberechtigung aller geteilt werden. Jetzt war die Gräfin Ala ihrer Sache sicher.

Die Heirat zwischen Gräfin Wanda und dem Grafen Heinrich zu stande zu bringen, kostete keine Mühe; und für das Uebrige war Ala bereits entschlossen, Sorge zu tragen. Das junge Ehepaar mußte auf ihre Veranlassung, als Wanda von Assemburg einige Monate nach ihrer Verbindung dem Mutterglück entgegen sah, auf Reisen geben. Weit entfernt von Heimat und Verwandten und Bekannten wollte Ala, welche sie begleitete, in der Lage sein, die Dinge so zu gestalten, wie dieselben für ihre Pläne gestaltet werden sollten. Genas Gräfin Wanda eines Knaben — gut. Genas sie eines Mädchens, so war sie entschlossen, das Schicksal zu korrigieren — ein Kind unterzuschieben. Ich weiß nicht, Herr, ob meine Eltern schon vor der That um den verruchten Plan wußten, oder ob sie erst von ihm erfuhren, als er vollbracht war, und — — — ich mag es auch nicht wissen! Der Dämon Ala war der Autor des genialen Planes und sein Arrangeur, Gräfin Wanda und Graf Heinrich die Puppen in ihrer Hand, deren Fäden

sie führte. Auch Graf Heinrich war charakteristisch — stark an Körperkraft, aber schwach und lenkbar von Charakter. Wie meist die Assemburgs! Es scheint ein Stammeserbe der ersten Söhne der Familie Assemburg zu sein, daß sie stark an Körper aber schwach an Charakter sind! Gräfin Wanda genas eines Kindes und es war ein Knabe. Man besand sich um diese Zeit tief südblich in Ungarn, an der serbischen Grenze in einer einsamen, damals nur halb civilisierten Gegend, die Ala mit ihnen aufgesucht, um so freieres Terrain zu haben. Der Ort, den man in dieser Gegend gewählt, um der Entbindung der Gräfin entgegenzusehen, war durch einen noch konkreteren Umstand bestimmt worden. Auf einem Edelhof hatte die Frau eines Lakaien, eines Bulgaren von Geburt, vor zwei Wochen einen Knaben geboren, das Kind war zu haben, wenn man nötig hatte, das Schicksal zu korrigieren. — Aber es war nicht nötig. Das Kind der Gräfin Wanda war ein Knabe.

Da griff das Verhängnis ein und sprach: ich spiele auch mit — Gräfin Ala! Im Gefolge der Herrschaften besand sich ein Russe, Zwan Petrovitch, ein Leibeigener, den die Gräfinnen mit nach Deutschland gebracht, halb ein Unglücklicher, halb ein Bösewicht, jedenfalls aber tief bedauernswert, denn auch zum Bösewicht war er nur durch sein Unglück geworden, durch die Infamie, mit welcher man Menschengefühl und Menschenwürde in ihm mit Füßen trat. Er war, wie bemerkt, Leibeigener der Gräfinnen, und man war bedacht gewesen, ihn, das menschliche Tier und Stück Besitzum der Ossemburgs, zu einem so nützlichen

